

Widerspruch eines der beiden Ehepartner getrennt werden kann, um das Entstehen vieler sogenannter „Papierehen“ zu verhindern. Der Klubobmann antwortete weiter, daß die Vorschläge der SPÖ in einem hohen Maß auch auf Vorstellungen der Kirche Bedacht nehmen. Es würde ihm daher leid tun, wenn die katholische Kirche in Österreich „die Motive und Ziele dieser Reform falsch interpretiert, einer Reform übrigens, die ein Gesetz aus dem Jahr 1938 durch eine Regelung ersetzt, die der Rechtslage in mehreren westlichen europäischen Ländern entspricht und die von einer positiven Einstellung zum Wesen von Ehe und Familie getragen ist“.

Auch der Katholische Familienverband Österreichs schrieb noch einen Brief – direkt an Bundeskanzler Bruno Kreisky, den Parteivorsitzenden der SPÖ. In diesem Schreiben wurde betont, die Scheidungsreform dürfe das bisher gemeinsam Erreichte in der Familienrechtsreform nicht widerrufen. Eine Fristenautomatik würde das noch im Juli 1975 in Gesetzesform im Konsens definierte Verständnis vom Wesen der Ehe generell aufheben und nicht

nur für den konkreten Einzelfall Ausnahmen zulassen und ermöglichen. Der Präsident des Verbandes, *Helmuth Schattovits*, der im Lauf der monatelangen Beratungen um das neue Eherecht immer wieder den katholischen Standpunkt zu artikulieren und zu formulieren versuchte, wies in dem Brief auch darauf hin, daß es der Qualität des partnerschaftlichen Dialoges widerspreche, wenn über das zentrale Anliegen eines Partners hinweggegangen wird und „diesem dafür andere Verbesserungen im Gesetzesvorschlag aufgerechnet werden“.

Die SPÖ als Regierungspartei mit absoluter Mehrheit war jedoch an einem Kompromiß in dieser Frage offensichtlich nicht mehr interessiert. Im Juni setzte sich die Gesetzgebungsmaschinerie in Bewegung, mit 1. Juli wurde das neue Eherecht einschließlich der umstrittenen Bestimmungen über die Scheidungsautomatik in Kraft gesetzt. Kommentator des Wiener Kardinals Franz König: „Die Signalwirkung eines solchen Gesetzes wird von allen schmerzlich verspürt, die sich um die Verwirklichung ethischer Grundwerte bemühen.“

Fritz Csoklich

Viel Politik, wenig „Cambio“

Wahlen in Bolivien, Perú und Ecuador

Nach den Wahlen in den von Militärs beherrschten Andenstaaten Bolivien, Perú und Ecuador zeigen sich diese Länder in einem politisch nur wenig veränderten Bild. Bolivien und Perú werden auch künftig von Militärs regiert werden, im ohnehin relativ liberal regierten Ecuador geht die Macht nach einer Stichwahl im Herbst an Zivilisten über. Vorzeitig als Aufbruch einer neuen demokratischen Ära Lateinamerikas gefeiert, haben die Wahlen in Bolivien und Perú lediglich das Versagen der Militärs dokumentiert: der Schritt zur Demokratie hingegen ist im wirtschaftlich verelendeten Perú ein Schritt ins Leere geworden, in Bolivien wurde er nach einem beispiellosen Wahlbetrug und einem unblutigen Putsch erst gar nicht getan. Die auch in anderen Militärdiktaturen des Kontinents (Brasilien, Chile) aufgebrochene politische Unruhe ist gegenwärtig offenbar nur schwer in demokratische Bahnen zu lenken. Auch in Lateinamerika zeigt sich jetzt, daß die repressive Politik der Militärs Leerräume geschaffen hat, in denen die traditionellen politischen Strukturen nicht von heute auf morgen wieder Fuß fassen können.

Die im Hinblick auf Politik, Wirtschaft und Kultur unterschiedlichen Voraussetzungen für die Wahlen in den drei lateinamerikanischen Ländern haben zu Ergebnissen geführt, die primär von nationaler Bedeutung sind. So hat sich im nachhinein die europäische (und US-amerikanische) Bewertung der politischen Verhältnisse als allzu global erwiesen (wenn etwa die „Neue Zürcher Zeitung“ [2. 2. 78] vom „Vormarsch der Demokratie in Lateinamerika“, die „Welt“ [27. 6. 78] in einem Artikel „Südamerika

schwenkt von Diktatur zu Demokratie“ von „Götterdämmerung der Generale“ sprechen und die „FAZ“ [13. 6. 78] „Eine Chance für die Demokratie – die Militärs auf dem Rückzug“ sieht).

Dieser Bewertung könnte weniger eine Überschätzung der Demokratisierungstendenzen in Lateinamerika zugrunde liegen als eine Unterschätzung der diesen Tendenzen entgegenstehenden unterschiedlichen innenpolitischen Probleme jedes einzelnen Landes.

Bolivien: Rückfall in die Diktatur

In Bolivien sollten – unter dem Druck des Auslands, vor allem der USA – die ersten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nach zwölf Jahren den Übergang von gemäßigt linken, rechten und extrem rechten Militärregimen zur parlamentarischen Demokratie öffnen. Dem 9. Juli, dem Tag der Wahl, folgten zunächst entscheidende „Korrekturen“ am Wahlergebnis, dann die Annullierung und Neuankündigung der Wahlen am 19. Juli durch den bolivianischen Wahlgerichtshof und zwei Tage später der Schritt zurück in die Militärdiktatur durch den unblutigen 207. Putsch in der 153jährigen Geschichte des unabhängigen Staates. Luftwaffengeneral *Juan Pereda Asbún*, der Kandidat des scheidenden Präsidenten Hugo Banzer, stellte nach seiner Vereidigung zum neuen bolivianischen Staatsoberhaupt ein überwiegend aus Zivilisten bestehendes „nationalistisches revolutionäres Kabinett“ zusam-

men. Das selbst von bolivianischen Offizieren als unwürdig empfundene Wahltheater endete vorläufig folgerichtig mit der Festnahme oppositioneller Politiker.

Offenbar sahen die Militärs in der Revolte, die Pereda mit dem in Lateinamerika bereits abgenutzten Hinweis auf eine Bedrohung des Landes durch extremistische Kräfte begründete, den einzigen und letzten Ausweg. Die Durchführung neuer Wahlen hätte das Ausmaß der *Wahlfälschung vom 9. Juli* in vollem Umfang sichtbar werden lassen. Eine wiederholte Manipulation der Ergebnisse wäre unter den Augen US-amerikanischer Wahlbeobachter, die schon die ersten Fälschungen offengelegt hatten, kaum möglich gewesen. Mit General Banzer an der Macht aber waren erneute Wahlen und der Sieg der Linken nicht auszuschließen; in dieser Situation zogen die rechtsgerichteten Kräfte im Militär (wenn nicht der Präsident selbst) den Putsch vor. 1971 nach dem Sturz der Linksdiktatur Torres an die Macht gekommen, scheiterte Banzer an der extremen Rechten im eigenen Land, an der neuen amerikanischen Politik, die nicht mehr uneingeschränkt Militärregime stützt, und an dem nicht eingelösten Versprechen, Bolivien den Zugang zum Meer wieder zu öffnen.

Das Ausmaß des Wahlbetrugs, der sich im Auswechselln zahlreicher Urnen, in der Stimmabgabe Toter und der Meldung über rückläufige Stimmengewinne für den oppositionellen Kandidaten *Siles Zuazo* manifestierte, ist wohl nur mit der schockierenden Erkenntnis einer gänzlich unerwarteten drohenden Wahlniederlage Preredas zu erklären. Tatsächlich hatte der Verlauf des bolivianischen Wahlkampfes den Sieg des sozialdemokratisch-kommunistischen Wahlbündnisses immer unwahrscheinlicher werden lassen. Der ehemalige Innenminister Pereda konnte seinen Wahlkampf mit Hilfe des gesamten Staatsapparates führen; Ämter und Geschäfte blieben während seiner Wahlveranstaltungen geschlossen, in ländlichen Gegenden wurde das Publikum mit hundert Pesos fürs Zuhören belohnt. Bei Kundgebungen der Opposition hingegen traten die hilfreichen Soldaten mit Tränengas in Erscheinung; die erst kürzlich aus dem Exil zurückgekehrten Politiker waren auf ihren Wahlreisen vor Steinwürfen und anderen Behinderungen nicht sicher. Mehrere Wahlhelfer sollen dabei ihr Leben gelassen haben. Für die eigentliche Wahl waren, sozusagen als vorbeugende Maßnahme, knapp hundert neue Wahlbezirke errichtet worden; die Angaben der Wahlbehörde über die Zahl der Stimmberechtigten schwankten zwischen 1,9 und 2,3 Millionen. (Gewählt haben nach offiziellen Angaben 1 971 968 Bolivianer; die Auszählung ergab knapp über 50 Prozent für Pereda.)

Unter den sechs aus mehr als fünfzig politischen Gruppierungen entstandenen Wahlbündnissen der Opposition galt der Zivillist und ehemalige Präsident *Hernán Siles Zuazo* als schärfster Konkurrent Preredas. Seine Demokratische Volksunion (UDP) vereinte Gruppierungen der linken Mitte, wie den MIR (der im Gegensatz zum linksextremen chilenischen MIR mehr sozialdemokratisch orientiert ist),

Kommunisten und die *Indiobewegung „Tupaj Katari“*. Die letztgenannte versteht sich als Vertretung der indianischen Campesinos. Sie hatte sich im April in einer Grundsatzerklärung zu den bevorstehenden Wahlen für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ausgesprochen und in einer Botschaft an das bolivianische Volk und die Stammesbrüder in Lateinamerika die Besinnung auf die Größe und die Werte ihrer alten Kulturen gefordert. Aus dieser Botschaft spricht ein erwachendes Selbstbewußtsein, aber auch die Not der in Lethargie dahinlebenden Hochlandindianer, die fast zwei Drittel des bolivianischen Fünf-Millionen-Volkes ausmachen. In der Botschaft heißt es abschließend: „Die Indiobewegung Tupaj Katari sieht das Fundament und den Ausgangspunkt für eine echte nationale Befreiung in einer umfassenden Agrarreform, in der Sozialisierung aller großen Unternehmen, der Verstaatlichung aller Bodenschätze ohne Entschädigung der bisherigen ausländischen Nutznießer sowie im Verzicht auf rassische, wirtschaftliche und soziale Diskriminierung; diese Maßnahmen bilden die moralische und materielle Grundlage für das bolivianische Volk und ermutigen zu einem echten Nationalismus auf der Basis der alten Kulturwerte... Campesinos und Brüder, Indianer Boliviens! Haben wir keine Angst vor der Freiheit. Es ist besser, zu sterben als Sklave zu sein. Wir haben nichts zu verlieren, aber alles, ein Vaterland und eine Zukunft, zu gewinnen“ (zit. nach DIAL Nr. 458, 29. 6. 78).

Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten *Paz Estenssoro* und dessen „Movimiento Nacional Revolucionario“ hätte Siles Zuazo, der bei einer Zwischenzählung überraschende 35 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte, die Wahl zweifellos gewonnen. Banzer und Pereda setzten auf die hier sichtbar werdende, an Zersplitterung heranreichende Uneinigkeit innerhalb der bolivianischen Linken, und auch die Lateinamerikapolitik US-Präsident Carters dürfte das Konzept eines gewählten gemäßigten Präsidenten und einer starken populären, die rechte Regierung kontrollierenden linken Opposition verfolgt haben. Als Pereda in Santa Cruz die Macht übernahm, ließ das US-Außenministerium erklären: „Wir bedauern die Ereignisse in Bolivien, die den Wahlprozeß unterbrochen zu haben scheinen. Wir hoffen, daß diese Unterbrechung nur zeitweilig ist.“

Der durch die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten bedingte politische Einfluß der USA auf Bolivien ist vergleichsweise größer als in anderen lateinamerikanischen Staaten. Zinn, das wichtigste Ausfuhrprodukt Boliviens, wird zu einem Großteil in die USA exportiert. Der inzwischen rückgängig gemachte Entschluß Washingtons, einen Teil seiner strategischen Zinnreserven auf den Markt zu bringen, hat den Zinnpreis bereits stürzen lassen. Im Mai dieses Jahres baten 104 amerikanische katholische Missionare (darunter zwei Bischöfe), die in Bolivien arbeiten, Präsident Carter und den Kongreß in einem offenen Brief, den Beschluß zu überdenken. Wörtlich heißt es darin: „Als Nordamerikaner können wir uns

nicht rhetorischer Phrasen über die Menschenrechte bedienen, wenn wir gleichzeitig eine Wirtschaftspolitik der Aggression betreiben..." (DIAL Nr. 454, 22.6.78).

Ein harter Kurs des Regimes unter General Pereda könnte, wie im Fall der Dominikanischen Republik, wirtschaftliche Sanktionen zur Folge haben, mit denen Präsident Carter seine Menschenrechtspolitik durchzusetzen gedenkt. Möglicherweise bewirkt der Druck Washingtons, daß Pereda den gewählten Kongreß nun doch einberuft. Wie sich dann die massive Wahlfälschung auf die Sitzverteilung im Parlament auswirken wird, ist eine Frage von innenpolitischer Brisanz. In einer ersten öffentlichen Erklärung nach dem Putsch sagte Siles Zuazo, seine Partei wolle die oppositionellen Parteien, die Gewerkschaften und die Studenten mobilisieren und Neuwahlen fordern. Der populäre Oppositionspolitiker, der als überzeugter Demokrat gilt und sich als gläubiger Christ bezeichnet, war maßgeblich an der Agrarreform von 1952 beteiligt, die jedem Landarbeiter ein Stück Grund und Boden als bescheidenen Besitz zuteilte. Da sich die bolivianischen Regimes in den folgenden 25 Jahren auf diese *Landreform* beriefen und sich in zunehmendem Maße (unter Banzer mit gutem Erfolg) dem Aufbau einer Industrie widmeten, blieb die Agrarwirtschaft, deren Förderung auch den Ärmsten, den Indianern auf dem Hochland, zugute gekommen wäre, hoffnungslos unterentwickelt.

Die *katholischen Bischöfe* Boliviens nahmen wenige Tage vor den Wahlen zu der sozialen Frage Stellung. In einer Studie für die bevorstehende Dritte Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe klagen die Oberhirten darüber, daß die bolivianischen Bauern und Bergarbeiter den größten Beitrag zur nationalen Wirtschaft leisten, aber am allerwenigsten davon profitieren. Die kirchliche Hierarchie, insbesondere der Erzbischof von La Paz, *Jorge Manrique*, hatte Anfang des Jahres mit Erfolg in das politische Tauziehen vor den Wahlen eingegriffen. Sie unterstützte den nationalen Hungerstreik in mehreren Kirchen des Landes, an dem 1300 Personen teilnahmen. Das Regime gab nach: es erließ die geforderte Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und erlaubte der im Exil lebenden politischen Opposition die Rückkehr nach Bolivien.

Sieg der Gemäßigten in Perú

Im Nachbarstaat *Perú* sind die Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung („Constituante“) nach einem unruhigen Wahlkampf und einer Verschiebung des Wahltermins ohne größere Zwischenfälle verlaufen. Die am 18. Juni gewählte Versammlung hat Ende Juli bereits ihre Arbeit aufgenommen, die aus dem Jahre 1933 stammende Verfassung innerhalb eines Jahres zu reformieren. Bis 1980 hat Staatspräsident General *Francisco Morales Bermúdez* die Abhaltung freier Wahlen und die Übergabe der Macht an einen zivilen Präsidenten und ein Parlament versprochen. Im Zuge der „Redemokratisierung“ erließen die Mi-

litärs am 22. Juli eine Generalamnestie für politische Häftlinge, von der rund 30 Personen betroffen waren, unter ihnen die nach dem Generalstreik im Mai außer Landes gewiesenen Peruaner. Einen Tag zuvor hatte die Regierung per Dekret die volle Pressefreiheit im Land wiederhergestellt. Die 1974 von der Regierung Velasco Alvarado durch eine Zwangsverordnung verstaatlichten sieben Tageszeitungen Limas sollen reprivatisiert werden; die Gründung neuer Publikationen ist wieder möglich.

Anders als in Bolivien, das zu einem *Zeitpunkt relativer wirtschaftlicher Stabilität* (und daher sozialer Ruhe) wählte, wurden die 16 Millionen Peruaner nach 10 Jahren militärischer Herrschaft gerade in dem Augenblick an die Urnen gerufen, als der Staatsbankrott unausweichlich schien. Am 15. Mai, knapp drei Wochen vor dem ursprünglichen Wahltermin, hatte die Regierung drastische Preiserhöhungen von 50 bis 130 Prozent für Nahrungsmittel, Treibstoff, Transport, Strom und Gas verfügt. Das politische Interesse der Bevölkerung schwand angesichts der wirtschaftlichen Not. Obwohl die Militärs, die das Land innerhalb von 10 Jahren bis auf den Grund heruntergewirtschaftet haben, kaum noch Rückhalt im Volk besitzen, konnte das Ereignis freier Wahlen nur eine kleine politische Elite mobilisieren. Die Beteiligung des Volkes an einem für Perú bedeutenden politischen Prozeß scheiterte an der nach einer Regierungsaussage „schlimmsten Wirtschaftskrise in der Geschichte“ des Landes. Die Wahlen verliefen ordnungsgemäß; Umfragen zufolge kannte nur jeder zweite Peruaner den Begriff „Constituante“.

Von den 100 Sitzen in der verfassungsgebenden Versammlung hat die sozialdemokratische APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) 37 Sitze errungen. Die 1924 gegründete, gewerkschaftsorientierte Partei ist in der Vergangenheit von rechtsgerichteten Kräften und Militärs wiederholt an der Übernahme der Regierung gehindert worden. Sie hat Beobachterstatus bei den Sitzungen der Sozialistischen Internationalen. Der unbestrittene geistige Führer der APRA, der 83 Jahre alte *Victor Haya de la Torre*, bezeichnete es als wichtigste Aufgabe der Verfassung, dem Volk größere soziale Gerechtigkeit zu geben, ohne ihm die demokratischen Freiheiten zu nehmen. Haya de la Torre führt wie erwartet den Vorsitz in der „Constituante“. Mit 25 Delegierten ist die Christliche Volkspartei vertreten, in der sich rechte Christdemokraten, Konservative und Liberale zusammengefunden haben. Während die alten Rechtsparteien leer ausgingen, errang die zersplitterte Linke insgesamt rund 30 Prozent der Stimmen. Der Spitzenkandidat der mit 11 Prozent der Stimmen überraschend erfolgreichen trotzkistischen FOCEP (Arbeiter-, Bauern- und Studentenfront), *Hugo Blanco*, wurde in Abwesenheit in die Versammlung gewählt; er befand sich unfreiwillig im Exil. Blanco hofft auf ein sozialistisches Perú, das auf ganz Südamerika „ansteckend“ wirken könnte. Die unmittelbare politische Zukunft des Landes beurteilt er pessimistisch. Die Lage sei explosiv, erklärte er in „Le Monde“ (22. 6. 78): „Die Armee ist bereit, die APRA Parlament spielen zu lassen, aber sie behält die Zügel in der

Hand. Es wird kaum drei Monate dauern, und die Militärs werden mit dem Säubern beginnen.“ Einen Weg aus der Wirtschaftskrise weiß auch Hugo Blanco nicht zu nennen. Daß sie die Militärregierung veranlaßte, für 1980 freie Wahlen anzusetzen, ist wohl das deutlichste Zeichen dafür, daß Politik und damit auch Demokratie zum Zeitpunkt der Wahlen von zweitrangiger Bedeutung waren. Sie können jedoch in dem Moment in den Vordergrund treten, in dem die wirtschaftliche Not den sozialen Aufstand und eine politische Radikalisierung bewirkt, sei es in Form einer Revolution oder einer straffen Militärdiktatur.

Vor allem die in Armut lebende Mehrheit des Volkes treffen gegenwärtig die Folgen der verfehlten peruanischen Wirtschaftspolitik. Jeder zweite arbeitsfähige Peruaner geht nur einem Gelegenheitsjob nach; das durchschnittliche Jahreseinkommen, das 1977 bei 1350 DM lag, soll in diesem Jahr um 8 Prozent sinken. Das 1968 von linksnationalen Offizieren unter General Velasco konzipierte „peruanische Modell“ ist an der Inkompetenz der Militärs, die auf Wirtschaftsexperten verzichten zu können glaubten, gescheitert. Eine kostspielige Aufrüstung der Streitkräfte und der Bau einer Ölleitung durch die Anden bei nur geringen Ölfunden trugen mit dazu bei, daß die Auslandsverschuldung auf fast 9 Milliarden DM anstieg. Obwohl die Deviseneinnahmen nach amtlichen Angaben um fast 25 Prozent zurückgegangen sind, muß Peru in diesem Jahr eine Milliarde Dollar, fast die Hälfte der Exporteinnahmen, zurückzahlen. Der Unmut über die zweigleisige amerikanische Politik (die auch Bolivien zu spüren bekommen hat) ist groß: Washington hat die harten Bedingungen des internationalen Währungsfonds für einen Beistandskredit unterstützt, die Peru zu den horrenden Preiserhöhungen im Mai zwang. Soziale Unruhen waren die Folgen, in deren Verlauf mindestens 20 Menschen getötet wurden. General Morales Bermúdez rief den Ausnahmezustand aus, über 100 Personen wurden verhaftet, unter ihnen linksgerichtete Politiker und Gewerkschaftler, die ins Ausland abgeschoben wurden. Die Redemokratisierung mußte auf später verschoben werden. Wie in Bolivien hatten auch in Peru die katholischen Bischöfe einen Wahlhirtenbrief verlesen lassen, in dem es hieß: „Das erste und wichtigste Kriterium muß die soziale Gerechtigkeit sein, denn die große Mehrheit des Volkes ist arm.“ Die peruanischen Militärs wollen sich dieser Aufgabe nicht mehr stellen. In Lima heißt es, sie wollten die Wahlen um ein Jahr – auf 1979 – vorziehen und resignieren.

Zivile Regierung in Ecuador

Nur in Ecuador verliefen die Wahlen, die den Übergang von militärischer Herrschaft zur parlamentarischen Demokratie einleiteten, ungestört. Überraschend war jedoch der Ausgang der Wahlen vom 16. Juli. Die beiden von den Militärs gestützten Kandidaten, der Konservative *Durán* und der Liberale *Huerta*, erhielten nur je 20 Prozent der Stimmen. Sieger der Wahlen ist mit 30 Prozent der Wählerstimmen *Jaime Roldós*, der für die Sammlungsbewegung CFP kandidierte. Deren eigentlicher (und aussichtsreichster) Kandidat, der Sozialist *Assad Bucaram*, war von der Wahl durch ein eigens erlassenes Dekret ausgeschlossen worden, das die ecuadorianische Staatsbürgerschaft der Eltern des Staatspräsidenten vorschreibt; Bucarams Eltern sind libanesisische Staatsbürger. Hier zeigt sich, daß die Militärs in Ecuador den Rückzug in die Kasernen zwar freiwillig antreten, aber die Weichen für die Zukunft noch stellen wollten. Der von ihnen favorisierte *Durán*, gestützt von der städtischen und der Agraroligarchie, versprach denn auch einen „retorno“ zur Demokratie ohne soziale Veränderung. Daß *Roldós* den Sieg davontragen konnte, haben die Militärs möglicherweise selbst initiiert. Sie ließen am 15. Januar 1978 die 1,6 Millionen Stimmberechtigten über eine Verfassungsreform abstimmen. Die neue Verfassung gab den Analphabeten des Landes (30 Prozent) das Stimmrecht. Gerade unter der sozial schwachen Bevölkerung war jedoch die Anhängerschaft Bucarams groß. Ein zweiter Wahlgang im Herbst entscheidet darüber, ob *Durán* oder *Roldós*, der die erforderliche absolute Mehrheit nicht erreichte, erster Mann im Staat wird. Prüfstein der zukünftigen Politik in Ecuador werden die sogenannten Antiarbeitergesetze sein, die ein fast totales Streikverbot zum Inhalt haben und die Inhaftierung von Gewerkschaftlern bis zu zwei Jahren ohne Gerichtsverfahren ermöglichen. Diese Gesetze sollten von der neuen Verfassung abgeschafft werden; der entsprechende Artikel wurde aber fünf Tage vor dem Referendum von den Militärs stillschweigend gestrichen. Soziale Spannungen werden auch nach der Stichwahl nicht ausbleiben: der Erdölboom hat Ecuador zwar reicher gemacht, den Graben zwischen Armen und Reichen aber noch vertieft. Leidtragende der ecuadorianischen Wirtschaft ist ähnlich wie in Peru und Bolivien die Landwirtschaft. Das einwohnerarme Ecuador kann nur noch 55 Prozent seines Bedarfs an Agrarprodukten selbst decken.

Gabriele Baums-Burchardt

Opfer von Machtkampf und Ideologie

Flüchtlingsströme in Südostasien

In Südostasien dürften allein zur Zeit zwischen 4,5 und 5 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder als Umsiedler im eigenen Land unterwegs sein. Wenn man die wirtschaftliche Schwäche vieler südostasiatischer Länder, ihre

politischen Probleme und die große Armut ihrer Bevölkerung bedenkt, kann man sich ein ungefähres Bild von der Notlage der Flüchtlinge und von den immensen Schwierigkeiten der Regierungen machen, die sie versorgen, an-